

## **Protokoll 3. Jenaer Runder Tisch für Demokratie 2022**

**04.07.2022, 17:00-19:30 Uhr, Rathausdiele Historisches Rathaus**

### **1. Eröffnung und Organisatorisches**

- Begrüßung und Eröffnung
- Bestätigung Protokoll des Runden Tisches vom 25.04.2022
  - ohne Rückmeldung bestätigt

### **2. Aktuelles**

- Begrüßung Jacqueline Muthumbi

#### **2.1 Vorstellung: Jacqueline Muthumbi (thadine e.V.) - Antidiskriminierungsberatung in Thüringen**

- unabhängige Anti-Diskriminierungsstelle: 4 Personen, seit April aktiv
- Aufgaben: Beratung, Bildung, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung
- aktuell noch in Aufbauphase
- Vorstellung der Arbeit erfolgt an einem kommenden Runden Tisch
- [www.thadine.de](http://www.thadine.de) / Mail: [info@thadine.de](mailto:info@thadine.de)

### **3. Situation Geflüchteter in Jena**

- Begrüßung der Vertreter\*innen der Stadt und Vorstellung
  - Dez. 1: OB Herr Nitzsche, Frau Thiele (Büro für Migration und Integration)
  - Dez. 2 (Finanzen, Sicherheit & Bürgerservice): Dezernent Herr Koppe, FD Personenstandswesen und Aufenthaltsrecht Herr Bimböse und Herr Frank
  - Dez. 4 (Familie, Bildung und Soziales): Dezernent Herr Hertzsch

- am letzten RT (25.04.) wurde über die besondere Problematik in Bezug auf die Situation Geflüchteter gesprochen
- OB hat zugesagt konkrete Fragen durch die Stadtverwaltung beantworten zu lassen
- AG des RT hat gemeinsam mit KoKont einen Fragenkatalog erarbeitet „Spielräume nutzen – Zur Situation Geflüchteter Menschen in Jena“ und der Stadtverwaltung am 10.06. zugesendet

### **3.1 Ausgangspunkt und kurze Erklärung zur Anfrage an die Stadtverwaltung**

- L. Zimmermann für die AG
  - Probleme sind häufig falsch adressiert -> sind i.d.R. Landes- oder Bundessachen
  - beim Papier geht es um den Spielraum der Stadt Jena
  - es braucht ein Podium der diesen Fragen Platz einräumt -> heute ist nicht alles zu lösen
- OB Nitzsche
  - fachliche Ansprechpersonen sind mit vor Ort
  - Fragenkatalog vor 3 Wochen erhalten, Antworten wurden zusammengetragen und eine zehnsseitige Antwort auf die 18 Fragen ist entstanden -> die Antworten werden im Nachgang an den RT verschickt
  - Heute können die Punkte thematisiert werden, die besonders wichtig erscheinen
  - ein zweiter Termin wäre sinnvoll -> räumt Anwesenden eine Auseinandersetzung mit Antworten ein
- Hr. Koppe
  - Standesamt-Chefin ist nicht da (Urlaub), einige Dinge können daher heute nicht besprochen werden, es gibt Umstrukturierungen und daher wird es erst später Antworten von ihr geben, zur nächsten Sitzung kann sie mit anwesend sein

Vereinbarung: zeitnaher Termin mit Leitung Standesamt, Hr. Koppe, KoKont und AG Vertreter\*innen

→ Hr. Koppe meldet sich mit einem Terminvorschlag bei KoKont

### 3.2 Stellungnahmen zur Anfrage und Diskussion (Punkt 3.1 und Punkt 3.2 der TO werden zusammengefasst)

- Diskussion/Stellungnahmen beginnen mit allgemeinen Dingen:

Sprache ist große Hürde, nicht deutschsprechende Menschen müssen besser adressiert werden -> was kann die Stadt tun?

- OB Nitzsche
  - Für Dez. 1: zwei Kollegen, die sich um Hosting der Website kümmern, arbeiten mit einfachem Übersetzungsprogramm -> können es über Unterseite laufen lassen -> Offen: Über welche Seiten soll das laufen, welche Seiten sollen Priorität erhalten -> Formulare können nicht übersetzt werden, aber Info-Seiten
- Hr. Bimböse
  - Rückfrage: welche Formulare sollen übersetzt werden? können nicht alle Antragsformulare übersetzen, nutzen alle Formulare, die wir zur Verfügung gestellt bekommen
  - -> eine Kollegin spricht russisch, eine türkisch, alle Berater\*innen sprechen englisch, ein Videodolmetscher kann realisiert werden, wenn es nötig ist
- Plenum
  - schwierige Sprache bei Dokumenten/Anträgen überfordert alle -> auch Muttersprachlerin
  - Kommunikation muss klarer werden und deutlich machen, welche Dokumente wo, wann gebraucht werden und wie sie auszufüllen sind
- OB Nitzsche
  - Problem ist bekannt, aber ist eine Gratwanderung zwischen rechtssicher und verständlich
- Plenum
  - Behördenmitarbeiter\*innen sollten hinweisen, wo es mögliche Hürden, Schwierigkeiten und Besonderheiten gibt → Sensibilisierung der Behördenmitarbeiter\*innen ist eine anstehende Aufgabe

- Wie ist die Internet-Versorgung in Unterkünften für Geflüchtete?
  - Hr. Hertzsch
    - Fast überall kostengünstiges Internet, kostenloses Angebot nicht möglich, da es andere Menschen diskriminiert
    - In einem Objekt dauerhaftes Problem (Renner Straße -> 150.000 Euro Kosten, da Glasfaser erst verlegt werden muss), dort Funk-Internet, um Kinder zu versorgen
    - Es gab noch nie Beschwerden über Angebot, Regelsätze geben Angebot an Leistungen vor
  
- Warum wurde das Recht auf Beistand in der Vergangenheit nicht immer sichergestellt?
  - Hr. Bimböse
    - Begleitung wurde aufgrund Corona-Hygienekonzept verhindert
    - mussten immer auch persönliche Termine realisieren (bspw. Fingerabdrücke, Unterschriften), seit März 2020 immer bemüht, alles im Vorfeld zu klären und zum Termin nur noch alles fertigstellen -> Beratung oder Entscheidungen daher nicht notwendig
  - Hr. Koppe
    - hatten strenges Konzept, um Behörde arbeitssicher zu halten -> Termine wurden nach Möglichkeit realisiert aber im begrenzten Rahmen, zu keiner Zeit war ein regulärer Betrieb möglich (keine Begleitpersonen) -> Infektionsschutz Priorität
    - wird jetzt Stück für Stück aufgeweicht und angepasst, haben aber Arbeitsstau und wissen nicht, was auf uns zu kommt, eventuell wieder schärfere Regeln
  - Hr. Franke
    - immer um Rückkopplung bemüht, erhöhtes Arbeitsaufkommen mit 80mal so vielen Mails am Tag
  - Migrations- und Integrationsbeirat
    - Rechte der Betroffene müssen berücksichtigt werden → haben Recht auf Beistand und Rücksicht

- Hr. Koppe
  - deutlich erhöhtes Fallaufkommen in Ausländerbehörde
  - Letzte Stadtratssitzung: neue Stellensituation -> Stellenmehrung der Behörde ist vorgesehen und soll Stadtrat zur Beschlussvorlage übergeben werden und zu Erleichterung führen und Arbeit insgesamt verbessern
  - neue Stellen -> im Fokus steht Diversität und Mehrsprachigkeit, besonders bei sensiblen Aspekten wie Ausländerbehörden
  
- Hr. Hertzsch
  - aktuelle Coronalage macht weiter vorsichtiges Vorgehen notwendig, Begleitpersonen im FD immer zugelassen, auch häufig Dolmetscher
  
- Plenum
  - Über zivilgesellschaftliche Strukturen Übersetzungen der Verwaltung zuarbeiten/prüfen lassen zur ersten Orientierung, gut wäre -> Bescheide immer „zweiseitig“: eine verständlich (in leichter Sprache) und eine rechtssicher
  - Behörde ermöglicht Begleitung nicht immer, Person musste für Beistandsperson 40€ zahlen
  
- H. Zeil
  - Hygiene-Konzepte müssen so gestaltet werden, dass in großen Räumen drei Personen möglich sind
  - Mehrsprachigkeit muss auf allen Ebenen sichergestellt werden (bspw. in den verbreitetsten sechs Sprachen)
  
- Hr. Bimböse
  - Ziel besteht, ist aber zurzeit nicht möglich, Hygienekonzept gilt entsprechend der notwendigen Maßnahmen und kann nicht einfach angepasst werden, verstehen uns als Servicestelle und handeln entsprechend, sind für rechtliche und sprachliche Begleitung offen

- C. Büttner
  - Begleitung -> wir wollen keine Vorwürfe und nehmen Rücksicht auf Behörden, brauchen aber klare Absprachen mit guten Lösungen, sollten alle gemeinsam um Lösungen bemüht sein
  - Übersetzungen können zugearbeitet werden die nur noch von amtlichen Dolmetscher\*innen bestätigt werden müssen
- Plenum
  - Zivilgesellschaftliche Akteure helfen gerne kostenlos bei Übersetzungen, Mails leichter formulieren und Ähnliches
- Duldung häufig nur von kurzer Dauer -> was kann getan werden?
  - Hr. Bimböse
    - Duldung ist nur bis 3 Monate gültig, mit Ausnahme für 6 Monate, ansonsten Aufenthaltserlaubnis -> Können nur im Rahmen der Gesetze agieren, bspw. Ausbildungsduldung und haben in Corona-Zeiten Ausnahmen genutzt -> Bundesgesetz
  - Hr. Franke
    - Chancenaufenthaltsrecht ist noch nicht gültig
    - haben Versandmöglichkeiten genutzt oder vor Ort Zugang ermöglicht -> daher immer Möglichkeit gültige Papiere zu haben
    - Bei Familien wird aus humanitären Gründen 6-monatige Duldung gewährt
  - Plenum
    - Wie lange sollen Termine noch so langfristig vergeben werden -> teilweise absurd lange Wartezeiten
  - Hr. Franke
    - 5 neue MA eingestellt, sind aber auch unzufrieden über personelle Besetzung
    - Krieg in Ukraine hat alles verschärft und nur für Ausstellung der notwendigen Fiktionsbescheinigung alle Kapazitäten erforderlich

- Hr. Bimböse
  - Vorwurf Ausländerbehörde würde nur formlose Schreiben verteilen, um rechtliche Schritte zu verhindern ist nicht fair/korrekt
  - Jeder hat das Recht ein Ablehnungsschreiben zu erhalten und Rechtsweg zu nutzen
  - Ausbildungsduldung führt zu Aufenthaltserlaubnis bei entsprechender Integrationsleistung, Beschäftigungsduldung für 2 Jahre und Ausbildungsduldung für drei Jahre
  - Aufenthaltsrecht für qualifizierte Menschen ist möglich, Ausbildungsduldung deutlich häufiger als Beschäftigungsduldung, da Anerkennung beruflicher Leistung oftmals schwierig, haben keinen Ermessensspielraum, Identitätsklärung ist hierfür wichtige Voraussetzung
- Plenum
  - Perspektive Betroffener: Alles dauert sehr lange bei Ausländerbehörde; bei Termin am nächsten Tag oftmals schlaflose Nacht, weil Angst; Behörde muss Situation und Erfahrungen Geflüchteter mehr Beachtung schenken

#### **4. ezra Jahresstatistik 2021**

##### **4.1 Vorstellung der Jahresstatistik durch Franziska Schestak-Haase (ezra)**

- Vorstellung Jahresstatistik -> leichter Anstieg, hohes Mobilisierungspotenzial vorhanden
- Rassismus als häufigstes Tatmotiv für rechte Gewalt
- neu: Gewalttaten im Rahmen der Corona-Proteste werden zur Statistik gezählt,
- neue Entwicklung: auch explizite Gewalthandlungen gegenüber Pressevertreterinnen und Vertreter\*innen der Öffentlichkeit (Verwaltung)
- großes Dunkelfeld, sind auf Zuarbeit und Zusammenarbeit angewiesen
- Schwerpunkt Jena: Antimuslimische Posteinwürfe -> es wurde Person festgestellt, welche antimuslimische Flyer verteilt hat und bei der Waffen gefunden worden -> es gab Nachfragen, ob es derselbe Täter sei -> durch Medienberichte wurde suggeriert, dass Täter gefasst sei → ist nicht der Fall

- Bitte um Mitarbeit: Studie zur sekundären Viktimisierung:  
<https://www.idz-jena.de/forschung/sekundaere-viktimisierung-von-betroffenen-rechter-gewalt>
- Hr. Schimmel (Polizei Jena)
  - Keine konkreten Fragestellungen im Vorfeld, beim nächsten Mal im Vorfeld konkrete Fragen/Anliegen stellen
  - Keine Kenntnis über Stand bei antimuslimischen Postwurfsendungen, aber keine neuen Fälle bekannt → aktueller Stand wird nachgereicht
  - Juristisches Amtsdeutsch ist vorgegeben und Formalitäten des StGB müssen eingehalten werden -> Empfinden des Opfers ist davon zu differenzieren, wir nehmen aber Empfindungen mit auf und gehen auf Menschen ein
  - Sensibilität ist in Jena vorhanden
  - haben auch frühzeitig die Möglichkeit, Dolmetscher hinzuziehen und tun dies -> Bedienstete agieren in der Regel menschlich (Beispiel: humanitärer Umgang mit ukrainischen Geflüchteten)
- Migrations- und Integrationsbeirat:
  - Nachfrage an Hr. Schimmel zum Beispiel.: hätten Kollegen auch bei schwarzer Familie so gehandelt
  - Menschen mit anderer Hautfarbe erfahren Rassismus durch Polizei
- Hr. Schimmel
  - Vorwurf: rassistisches Verhalten -> schwerwiegender Vorwurf
  - Bitte: Schilderung ganz konkreter Sachverhalte, haben Nulltoleranzschwelle
  - Bei Nennung wird dies konsequent verfolgt, aber nur bei konkreten Sachverhalten
  - häusliche Gewalt: hier agieren/bearbeiten Frauen (in der Regel) und diese sind speziell in diesen Themen bewandert und bringen Professionalität und Sensibilität mit
  - Kommen gerne zusammen, wenn Studie zur sekundären Viktimisierung veröffentlicht ist

## 2.2 Situations- und Ressourcenanalyse der Stadt Jena

- KoKont stellt Analyse kurz vor: ist veröffentlicht und bildet Arbeitsgrundlage, zu finden auf eigener Homepage, IDZ und der Seite der Stadt



- Aufruf zur Mitarbeit in der Redaktionsgruppe → Freiwillige/Interessierte melden sich bitte unter [rundertisch@kokont-jena.de](mailto:rundertisch@kokont-jena.de) -> suchen Vertreter\*innen verschiedener Strukturen, um eine breit aufgestellte Redaktionsgruppe zu bilden

## 5. Sonstiges

- Kahla Courage: 16.07.2022 -> organisiert von Engagierten, AIS SHK, Demokratieladen Kahla, Gebietsjugendpflege
- CSD in Jena am 30.07.
- KoKont beteiligt sich an zwei Graffiti-Projekten mit Kindern und Jugendlichen -> in Winzerla vom 22.-26.08. (Unterführung am Enver-Şimşek-Platz) und in Lobeda vom 18.-25.09. (Unterführung zwischen Lobeda-Ost/West)
- Charlotte-Figulla-Preis und Preis für Zivilcourage: noch bis 18.07. Einreichungen möglich